

Die leeren Kassen der Gemeinde in Sindelfingen sind kein Grund die Hauptschule am Klostersgarten zu schließen!

Der Geldmangel ist durch politische Entscheidungen der Hartz IV-Parteien entstanden und wird in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise noch zusätzlich verschärft!

Den Bürgerentscheid erfolgreich durchführen damit die Interessen der Bevölkerung endlich zur Geltung kommen!

Das benötigte Geld zur Finanzierung von staatlichen Aufgaben wäre durch neue Einnahmequellen zu erzielen, z.B. durch Einführung einer Finanztransaktionssteuer, wie das schon lange von Attac-Deutschland vorgeschlagen wird. - Bei 2 Billionen Tagesumsatz der Spekulationsgeschäfte brächte alleine eine Steuer von 0, 0, 5 % eine Mehreinnahme von 30 Mrd. €. Bisher bekennen sich alle Parteien außer der FDP zu einer Finanztransaktionssteuer. Sollen das nur Lippenbekenntnisse bleiben? <http://www.youtube.com/watch?>

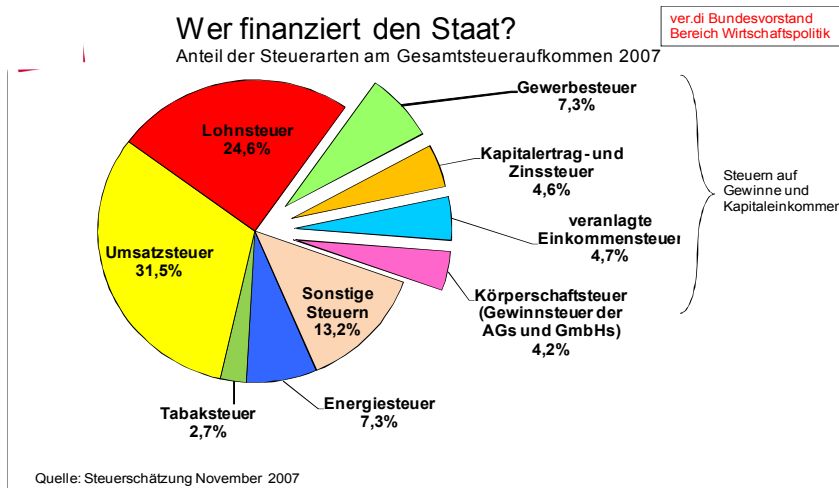
Die Finanztransaktionssteuer könnte helfen die leeren Kassen zu füllen!

Und wenn gesagt wird: Das geht nicht im nationalen Alleingang, weil das Kapital sonst vor uns flüchtet; so sagen wir:

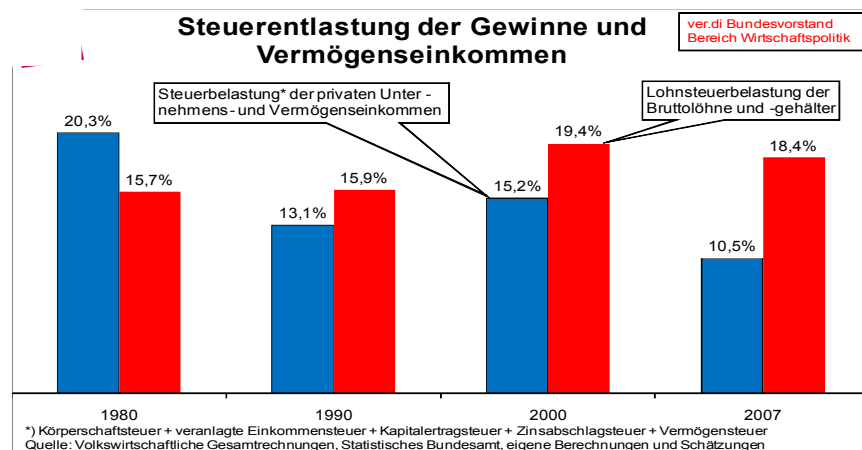
Erstens: Es stimmt nicht und **Zweitens:** Welche Regierung versucht denn, andere Regierungen dazu zu gewinnen?

Also machen wir Druck von unten und fordern diese Steuer!

Die deutschen Städte und Gemeinden werden im laufenden Jahr das größte Defizit seit Gründung der Bundesrepublik verzeichnen. Städtetags-Präsidentin Petra Roth (CDU) machte dafür am Dienstag in Berlin die Wirtschaftskrise verantwortlich. Diese werde insbesondere die Einnahmen aus der Gewerbesteuer massiv schmälern, die die Haupteinnahmequelle der Kommunen ist. Einige Städte hätten Einbußen von bis zu 40 Prozent verzeichnet.



Die Städte und Gemeinden brauchen höhere und verlässliche Einnahmen!



Insgesamt werde zwischen Einnahmen und Ausgaben voraussichtlich eine Lücke von etwa zwölf Milliarden Euro klaffen, sagte Roth. Das sind knapp vier Milliarden Euro mehr als 2008, dem Jahr, in dem der bisherige Minus-Rekord verzeichnet wurde. "Ein Teil der Städte steht vor dem Kollaps und droht handlungsunfähig zu werden", sagte Roth. Den sinkenden Einnahmen stünden steigende Ausgaben für Sozialleistungen gegenüber. Diese stiegen 2010 um zwei Milliarden auf

insgesamt etwa 40 Milliarden Euro. Das Geld erhalten Sozialhilfeempfänger sowie die Bezieher von Arbeitslosengeld II zur Finanzierung ihrer Wohnung. (nach Süddeutsche Zeitung, 3. 2. 10).

Deshalb Finanztransaktionen – Gewinne – große Erbschaften – hohe Einkommen mehr besteuern!

Die einseitige Begünstigung der Unternehmen verschärft die Krise!

Auch die Gewerbesteuererrückzahlung erhöht die Finanznot der Kommunen!

Das Finanzloch in Sindelfingen entsteht nicht nur durch die Wirtschaftskrise. Auch die rot-grüne-Steuerreform engte den Handlungsspielraum weiter ein. Danach können Unternehmen hohe Freibeträge geltend machen und Verluste aus dem Vorjahr mit Gewinnen aus dem aktuellen Jahr verrechnen – und so die Steuerlast mindern. Dadurch fiel z.B. die Gewerbesteuer von 27 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf 16,5 Mrd. Im Jahr 2002.

Die Wirtschaft ist für die Menschen da – nicht die Menschen für die Wirtschaft!

Gegenwärtig ist nur der „Daimler“ systemwichtig, der Mensch nicht. - Das muss sich ändern!

Alle Parteien, die auch Hartz-IV gemacht haben, sind dafür verantwortlich: – CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne. Genau die Parteien, die auch die Mehrheit der Kommunalpolitiker und Bürgermeister stellen. Sie unterstützen das im Bund, was sie auf Kommunalebene beklagen. Oder wie Alt-Oberbürgermeister Vogelgsang auf einer Gemeinderatssitzung offensiv sinngemäß so verteidigt: „Natürlich müssen die Unternehmen entlastet werden.“ - Wohl im Sinne: „Wenn es der Firma gut geht, so geht es auch den Arbeitern gut!“

Das diese einfache Argumentation nicht stimmt, zeigen die Ergebnisse solch einer Politik. (Fakten siehe Tabellen)

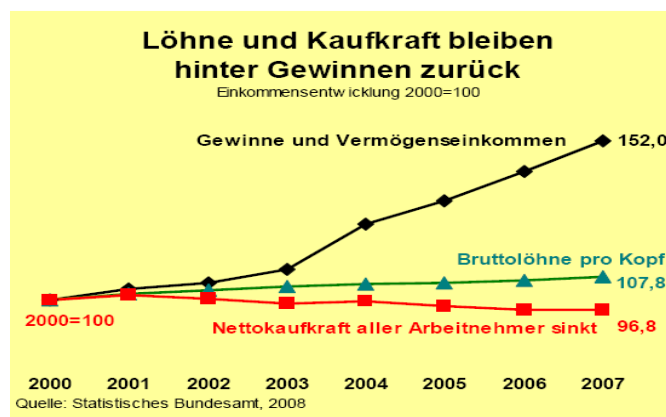
Hartz IV erzeugt Armut per Gesetz und erhöht die Sozialausgaben der Kommunen!

Die Sozialausgaben steigen, weil es durch Nutzung der Technik immer mehr Arbeitslosigkeit und immer mehr Harz-IV-Empfänger gibt, auch wenn die Zahl der Arbeitslosen nicht zuzunehmen scheint, weil es immer mehr Teilzeitjobs gibt. Umgerechnet in Vollzeitjobs nimmt das Volumen der Arbeit von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus immer mehr ab. Dazu kommt, dass Arbeitslosigkeit die Menschen zwingt, fast jeden Job anzunehmen. Verschärft wird dies durch die 1-Euro-Jobs und die Leiharbeit, Beides begünstigt Niedriglöhne, die nicht mehr für den Lebensunterhalt reichen. Daher sind immer mehr Menschen auf staatliche Zuzahlungen angewiesen, um auf die Höhe von Hartz-IV zukommen. Diese Subventionierung der Unternehmen durch den Staat kostet auch die Gemeinden viel Geld, da sie das Wohngeld berappen müssen. Dagegen kassieren die großen Unternehmen viele Extraprofiten durch die Entlassungen selbst und durch die Niedriglöhne sowie durch die vorangegangenen Steuersenkungen.

Die Netto-Löhne haben seit Jahren stagniert und waren sogar rückläufig!

Wir leben in einem „Lohnsteuerstaat“; nicht nur weil die Lohnsteuer der größte Posten bei den Steuereinnahmen ist, von auch weil die Massensteuern, wie Mehrwertsteuer, Tabak- und Hundesteuer usw. in der Masse von den Lohnsteuerzahlern aufgebracht werden.

Leider aber stagnieren die Netto-Löhne seit Jahren, seit nehmen seit einigen Jahren real so gar ab. Kein Wunder, dass die Lohnsteuer-Einnahmen des Staates zurück gehen. Und wenn weniger in der Lohntüte ist, kann auch weniger konsumiert werden, und die Massensteuern gehen ebenfalls zurück. Und so erstaunen und erschrecken die Politiker der Hartz-IV-Parteien immer wieder ehrlich über die neuen Finanzlöcher im Staatshaushalt. Und wer ist dafür verantwortlich? Eben diese Politiker, die seit 1980 bis heute ständig die Besitzer von Kapital und Vermögen steuerlich entlasten, am unverschämtesten Rot-Grün durch die Streichung der Aktienveräußerungs-Steuer.



Wir brauchen finanziell starke und sozial-orientierte Kommunen für die Bürger!

Wenn der Staat den Bürgern keine öffentlichen Leistungen mehr erbringt - wie KITA-Plätze, Schulen, Bibliotheken, Subventionen für Kulturproduktionen usw., dann muss der Bürger und die Bürgerin das alles selbst kaufen. So will das die FDP- und dem „Charme“ und den „Argumenten“ dieser Partei des Kapitals können sich die anderen nicht entziehen - oder hat die CDU/CSU nicht auch für Steuerentlastungen im Wahlkampf geworben?

Deshalb braucht es den Protest der Bürger – um die geplante Schulschließung, die Stellenstreichungen und Kürzungen im Sozialbereich zu verhindern!